

tial an Missionskräften wird, auch wenn alle Anstrengungen unternommen werden, es zu steigern, noch auf lange Zeit hin ganz unzureichend in der Öffentlichkeit in Erscheinung treten, und die allermeisten Menschen werden kaum je einem christlichen Glaubensboten persönlich begegnen.

Deshalb ist die Heilige Schrift in den meisten Fällen wohl der einzige Weg, das Christentum kennenzulernen. Die Chancen dazu sind allerdings im Steigen. Die Bibel ist in die wichtigsten fernöstlichen Sprachen übersetzt. In den weniger kultivierten Ländern bemüht man sich energisch, den Analphabetismus zu überwinden, und in den kultivierteren steigt mit dem allgemeinen Interesse an Europa und der europäischen Bildung auch das Bedürfnis, die grundlegende Schrift der christlichen Religion kennenzulernen. In Japan ist sie sogar ein Bestseller. Dieses Bildungsbedürfnis bedeutet freilich noch keine personale Begegnung mit Christus, aber die Beschäftigung mit der Bibel kann der erste Schritt dazu sein. Es ist bekannt, wie stark die Bergpredigt auf Gandhi eingewirkt hat, und auch sonst dringen die Lehren der christlichen Ethik mehr und mehr ins Bewußtsein der Menschen in Ostasien.

Aber wenn wir nur an diesen unmittelbar zugänglichen Aspekt des Evangeliums denken, der sich einem Menschen darbietet, wenn er von einer ganz anderen geistigen Welt aus die erste Bekanntschaft mit der Bibel macht, dann bleiben wir noch vor den Pforten der Offenbarung. Wenn unsere Gebetsmeinung den Wunsch ausdrückt, daß das Evangelium mehr und mehr bekannt wird, beabsichtigt sie, daß die Leser im Fernen Osten in seinen tieferen Sinn eindringen, der ihnen offenbar macht, daß das Reich Gottes schon mitten unter ihnen ist und daß auch sie berufen sind, Kinder Gottes zu werden. Es wäre wunderbar, wenn bei dem gegenwärtigen Mangel an lebendigen Boten Jesu Christi sein lebendiges Wort die Botschaft des Evangeliums verkündigte und als erster Katechismus dieser Botschaft diene; es wäre wunderbar und doch normal, daß es dann auch in vielen Herzen die Sehnsucht weckte, die einstmals Nikodemus zu Jesus trieb. Daß Gott ihnen diese Gnade schenken möge, das ist wohl das eigentliche Ziel der Gebetsintention.

Es ist nämlich für viele Menschen, die von den ostasiatischen Religionen und Philosophien geprägt sind oder auch nur von den Welt- und Lebensanschauungen, die ihrer Mentalität entsprechen und mehr im Emotionalen als im Intellektuellen wurzeln, noch ein sehr weiter Weg zurückzulegen, wenn sie von der Lektüre der Heiligen Schrift bis zum Glauben an den menschgewordenen Sohn Gottes und gar bis zum Eintritt in die katholische Kirche gelangen sollen. Die Missionsbischöfe dieser Länder haben auf dem Konzil mit einhelliger Stimme darauf hingewiesen, welche großen Hindernisse die europäische Tradition des kirchlichen und besonders des römisch-katholischen, lateinischen Christentums der Annahme des Glaubens in Ostasien in den Weg stellt. Diese Schwierigkeiten liegen in der Lehre selbst, vor allem wenn sie in scholastischem Gewande vorgestellt wird, sie liegen in der Liturgie, in gewissen ethischen Geboten und in der Disziplin, also im Gesamtbild, das die katholische Kirche ihnen bietet. Das Christentum tritt ihnen außerdem in seinen verschiedenen Konfessionen und in sektiererischen Formen entgegen und schwächt dadurch die Eindrucksstärke seiner Botschaft. Es bedürfte gerade im Fernen Osten stärkster Impulse christlicher Nächstenliebe, um der Glaubensgnade die Bahn zu den Herzen zu ebnet, ja

man kann sagen, mehr als alle anderen missionarischen Taten bringt das Charisma heiligmäßiger Nächstenliebe zustande. So sollen wir auch darum beten, daß Gott die Missionen dieser Länder und die jungen Christenheiten mit diesem Charisma segnen wolle.

Aus der totalitären Welt

Die antireligiöse Gewissensfreiheit in der Sowjetunion

Während der „Dialog der katholischen Kirche mit dem Kommunismus“, dem der Papst um der religiösen Existenz der Gläubigen im sowjetischen Machtbereich willen nicht ausweichen will, Realität zu werden scheint, gibt es in der sowjetischen Wirklichkeit keine Anzeichen für einen Positionswechsel der Kommunisten gegenüber der Religion. Man darf sich nicht durch das Auftreten russischer Kirchenvertreter im Ausland täuschen lassen. Die Hilfestellung, die mehreren Religionsgemeinschaften der Sowjetunion bei der Pflege zwischenkirchlicher und internationaler Beziehungen zuteil wird, steht nach wie vor in krassem Widerspruch zu den Beschränkungen und Repressalien, denen sie im eigenen Lande unterworfen werden. Es ist unerheblich, ob die „administrativen Maßnahmen“ gegen die Gläubigen und ihre Gemeinschaften in dem einen Jahr mehr, im anderen weniger praktiziert werden. Das vielfältige Auf und Ab des antireligiösen Kampfes und das oft im Widerspruch dazu verlaufende Begleitkonzert der offiziellen Erklärungen von Partei und Regierung haben entweder opportunistische Hintergründe oder dienen der künstlichen Aufrechterhaltung einer „Dialektik“, ohne die sich kommunistische Ideologen überhaupt keine Entwicklung vorstellen können. Die Religion bleibt der Feind des Sowjetkommunismus, und ihre endgültige Vernichtung soll mit Toleranz ebenso erreicht werden wie durch aktive Bekämpfung mit ideologischen oder reinen Gewaltmitteln. Dies gilt für sämtliche Religionsgemeinschaften in der Sowjetunion, für die christlichen Kirchen — einschließlich der katholischen —, für die Sekten, für Islam, Buddhismus und die vielen kleineren Gemeinschaften.

Kein Unterschied zwischen Partei und Staat

Dennoch ist es angebracht, immer wieder auf gewisse, den antireligiösen Trend erneut belegende Fakten aufmerksam zu machen, da in der westlichen Welt oftmals eine erstaunliche Unwissenheit und Blindheit hinsichtlich des Problems der Gewissensfreiheit im kommunistischen Staat herrscht, nicht zuletzt bei religiösen Führern und anderen Angehörigen der Intelligenz.

So meinte der Generalsekretär der Vereinigten Presbyterianischen Kirche in den USA, Dr. Eugene Carson Blake, nach einem dreitägigen Besuch in Rußland Anfang vorigen Jahres, man müsse hinsichtlich der atheistischen Propaganda „zwischen der absolut religionslosen kommunistischen Partei und der Regierung, die die Religion dulde, unterscheiden“ (OPD, 12. 1. 62). Abgesehen davon, daß die kommunistische Partei nicht „religionslos“, sondern ausgesprochen religionsfeindlich ist, muß demgegenüber unterstrichen werden, daß sich die Sowjetregierung und der von ihr geleitete Staat, der ohnehin nur eine der Transmissionen zur Verwirklichung des Parteiwillens ist, in Wirklichkeit keineswegs neutral oder gar tolerant zur Religion verhalten. Das dürfte durch unsere wiederholten Berichte über Praktiken und Metho-

den der antireligiösen Propaganda und der direkten Religionsbekämpfung hinlänglich bewiesen sein. Die neuerliche hohe Regierungsauszeichnung für den Patriarchen anlässlich seines 85. Geburtstages, die seiner „patriotischen Tätigkeit“ galt, und die Gratulation Chruschtschows (JMP Nr. 11/12, 1962) sowie die fortgesetzte Anwesenheit von Vertretern des Moskauer Patriarchats auf den Kremlempfängen zum Revolutionstag und zum neuen Jahr (JMP Nr. 11, 1962; Nr. 1, 1963) beweisen nicht das Gegenteil und sind eher ein Ausdruck des Machiavellismus, auch der sowjetischen Etikette. Es ist zuzugeben, daß die ideologische und antireligiöse Regie bei der Partei liegt. Aber Regierungsstellen und „Sowjetorganisationen“ (d. h. im Gegensatz zur Partei die staatlichen Stellen) können gar nicht anders, als im antireligiösen Sinn zu wirken. Die Flut der antireligiösen Propagandabroschüren kommt aus Staatsverlagen und Staatsdruckereien, die unter staatlicher Aufsicht stehende Erziehung und Bildung ist alles andere als religiös tolerant, und das Regierungsorgan „Izvestija“ bringt antireligiöse Artikel ebenso wie die parteiamtliche „Pravda“. Schließlich dient die Personalunion von Erstem Parteisekretär und Ministerpräsidenten der genauen Einhaltung gerade auch der ideologischen Parteidirektiven im gesamten Staatsmechanismus.

Die sowjetische Auffassung von „Gewissensfreiheit“

Es darf nicht vergessen werden, in welchem Sinn die verfassungsmäßig garantierte Gewissensfreiheit stets von sowjetischen Juristen und Ideologen interpretiert wurde. Nachdem durch Verfassungsänderung von 1929 die „religiöse Propaganda“ von den ursprünglich garantierten Grundrechten ausgenommen wurde und neben der Freiheit der antireligiösen Propaganda nur mehr die „Freiheit der religiösen Bekenntnisse“ gestattet war (Neufassung des § 4 der Verfassung der RSFSR), wurde die Gewissensfreiheit eindeutig als ein freier Kampf gegen Religion und Kirche aufgefaßt.

Die heute noch gültige Stalin-Verfassung der UdSSR von 1936 faßte den Begriff der religiösen Freiheit noch enger: Nach § 124 ist die „Freiheit der Abhaltung religiöser Kulthandlungen“ garantiert. In den Kommentaren jener Jahre wurde deutlich gesagt, daß Gewissensfreiheit im sowjetischen Sinn soviel wie Befreiung von der „religiösen Betäubung“ bedeutet. Diese Auffassung von Gewissensfreiheit hat mit der unsrigen nichts gemein. Ihr antireligiöser Unterton ist freilich nur aus den Anfängen des Bolschewismus in Rußland zu verstehen, wo die Forderung nach Gewissensfreiheit sich gegen die privilegierte Stellung der mit dem Staat verbundenen orthodoxen Kirche richtete und auf Gleichberechtigung des Unglaubens mit den religiösen Bekenntnissen lautete. 1937 schrieb das ideologische Organ der Bolschewisten „Unter dem Banner des Marxismus“: „Indem die Stalin-Verfassung die Gewissensfreiheit und die Freiheit der Ausübung der religiösen Kulthandlungen garantiert, verlangt sie die Verstärkung des ideologischen Kampfes gegen die Religion.“ In dieser Formulierung wird deutlich, daß „Freiheit der Ausübung religiöser Kulthandlungen“ im Grunde genommen nicht unter den Begriff der Gewissensfreiheit fällt, sondern als ein spezifisches Recht betrachtet wird, dessen Abschaffung der Gewissensfreiheit keinen Abbruch tun würde.

An diesen fundamentalen Positionen änderte die verhältnismäßig größere religiöse Toleranz im und nach dem

Krieg prinzipiell nicht das geringste. Mit den zum Teil stillschweigend, zum Teil durch nicht veröffentlichte Verordnungen gewährten Erleichterungen für die religiösen Organisationen hat sich der Sowjetstaat gesetzlich nicht festgelegt.

Keine Gewissensfreiheit für Kinder

Heute werden unverhüllt Anstalten gemacht, die „Gewissensfreiheit“ gesetzlich weiter einzuschränken. Der erste Sekretär des Komsomol-Zentralkomitees, S. P. Pavlov, unterstrich in seinem Referat vor dem 14. Komsomol-Kongreß am 16. 4. 62, daß die Bildung der „kommunistischen Moral“ ohne Bekämpfung der religiösen Ideologie undenkbar sei und daß infolgedessen die Kinder vor dem Einfluß gläubiger Eltern und Verwandten bewahrt werden müßten. „Die in der Verfassung niedergelegte Gewissensfreiheit bezieht sich auf Erwachsene, die für ihre Handlungen Rechenschaft abzugeben vermögen. Aber es kann niemandem gestattet sein, ein Kind geistig zu verstümmeln und sein ungefestigtes Bewußtsein zu vergewaltigen“ (Pravda, 17. 4. 62). Nachdem mit den Internatsschulen der praktische Anfang mit einer totalen Trennung der Kinder von ihren Eltern gemacht ist, wird jetzt offenbar erwogen, jegliche religiöse Unterweisung und Beeinflussung der Kinder, sei es auch nur im Familienkreis, unter das Verdikt der Illegalität zu stellen. Auch in diesem Zusammenhang ist es dienlich, an frühere Kommentare zu erinnern. So schrieb das Atheisten-Organ „Antireligioznik“ im Jahre 1937, die Anerkennung des Rechts auf religiöse Erziehung stelle nach sowjetischer Auffassung eine „wilde Ausschreitung des religiösen Obskurantismus und eine beispiellose Gewissensvergewaltigung“ dar.

Der Kult als raison d'être kirchlicher Existenz

Pavlov kritisierte in seiner Rede die von den Kirchen und Sekten vielerorts angewandte Methode, sich mit Veranstaltung von Ausflügen, Singstunden, Schneiderekursen, Fußballspielen usw. den neuen Bedingungen besser anpassen und damit die Jugend gewinnen zu wollen. Eine solche Betätigung, zu der viele Geistliche immer wieder Mittel und Wege fanden, ist in der Tat im Rahmen kirchlicher Arbeit illegal, und die Behörden sind immer weniger geneigt, sie zu ignorieren. Im Zuge der ideologischen Versteifung, die nun auch das kurze „Tauwetter“ auf dem Gebiet von Literatur und Kunst jäh beendete, soll die Gültigkeit der berüchtigten Religionsgesetzgebung von 1918 und 1929 voll wiederhergestellt werden. § 17 des nach wie vor geltenden Religionsgesetzes von 1929, das jede soziale und caritative Arbeit der Religionsgemeinschaften verbot, stellt für sie im einzelnen unter Verbot: die Abhaltung von biblischen, literarischen, handarbeitlichen und anderen Werkversammlungen sowie solchen für Religionsunterricht und die Bildung von Gruppen, Kreisen und Abteilungen für die genannten Zwecke; Veranstaltung besonderer Kinder-, Jugend-, Frauen-, Gebets- und anderer Versammlungen; Durchführung von Ausflügen, Errichtung von Kinderspielplätzen, Bibliotheken, Lesehallen, Sanatorien; Organisation ärztlicher Hilfe; materielle Hilfeleistung an die Mitglieder; Gründung von Hilfskassen, Konsumvereinen, Produktionsgenossenschaften; Verwendung der zur Verfügung stehenden Mittel zu anderen Zwecken als zur „Befriedigung religiöser Bedürfnisse“.

Man muß dieses Gesetz kennen, um zu verstehen, was die regierungsamtliche „Izvestija“ (18. 2. 61) meinte, wenn sie von Fällen sprach, in denen loyal zur Sowjetordnung stehende Diener der Kirchen (d. h. Geistliche) die Sowjetgesetze verletzen und die Grenzen der religiösen Kultverrichtung überschreiten. „Existenz und Tätigkeit der Kirche sind bedingt durch die Freiheit der Ausübung der religiösen Kulthandlungen...“ Das ist in der Tat die einzige religiöse Freiheit, die in § 124 der Verfassung garantiert wird. Der volle Wortlaut ist: „Zur Sicherung der Gewissensfreiheit für die Bürger ist in der UdSSR die Kirche vom Staat und die Schule von der Kirche getrennt. Allen Bürgern wird die Freiheit der Verrichtung religiöser Kulthandlungen und die Freiheit antireligiöser Propaganda zuerkannt.“

Es besteht also kein fester gesetzlicher Boden für die Zustände, die der Kirche zu Ausgang des Krieges gemacht wurden. In den letzten Jahren läßt sich ein ständiges Abbröckeln ihrer Positionen beobachten. Geistliche und Gläubige wissen nur zu gut, daß die Organisationen der Gemeinden und höheren kirchlichen Einrichtungen ständig über dem Abgrund schweben, daß auch ihre persönliche religiöse Existenz ständig dem Zugriff der Religionsverfolgung ausgesetzt ist. Man tut gut, sich des erwähnten Artikels in der „Izvestija“ vom vorigen Jahr zu erinnern, in dem der Chefredakteur der Atheisten-Zeitschrift „Wissenschaft und Religion“, P. Kolonickij, in der Beantwortung von Leserbriefen schrieb: „Welche Position auch die Kirche in dieser oder jener historischen Situation einnehme, welche Politik sie auch treibe, sie bleibt doch immer der Träger und Verbreiter einer notorisch falschen, antiwissenschaftlichen und reaktionären Ideologie, wie es die Religion unter allen Verhältnissen ist. Mit der Propagierung dieser Ideologie und der Erziehung der Gläubigen in ihrem Geist tut die Kirche ein schädliches Werk, stellt sie sich willkürlich oder unwillkürlich gegen den Aufbau eines neuen Lebens und ist sie ein Hindernis auf dem Wege unserer Vorwärtsbewegung zum Kommunismus.“

Der Erweis, daß von einer religiösen Duldung und von einem wirklichen Koexistieren der religiösen Organisationen mit dem Staat in der UdSSR keine Rede ist, ist das Verdienst eines Buches von Walter Kolarz, Religion in the Soviet Union (London und New York 1961), das demnächst in deutscher Übersetzung im Verlag Herder erscheint.

Die SED in der Defensive

In den letzten Monaten konnte man in Mitteldeutschland beobachten, daß die SED in zunehmendem Maße in die Defensive gedrängt wurde und notgedrungen eine größere Kompromißbereitschaft an den Tag legte. Diese Tendenz begann sich in innenpolitischen Fragen bereits vor der Kubakrise abzuzeichnen.

Um die gegenwärtige Haltung der Partei richtig zu verstehen, ist es zweckmäßig, sich einiger vorangegangener Tatsachen zu erinnern. Auf dem V. Parteitag der SED im Juli 1958 wurde folgender Beschluß gefaßt:

„Die ökonomische Hauptaufgabe besteht darin, die Volkswirtschaft innerhalb weniger Jahre so zu entwickeln, daß die Überlegenheit der sozialistischen Gesellschaftsordnung gegenüber der kapitalistischen Herrschaft umfassend bewiesen wird. Deshalb muß erreicht werden, daß der Pro-Kopf-Verbrauch der werktätigen Bevölkerung in allen wichtigen Lebensmitteln und Konsumgütern höher liegt als der Pro-Kopf-Verbrauch der Gesamtbevölkerung in Westdeutschland. Diese Aufgabe ist

der Anteil unserer Republik am weltweiten Kampf für die friedliche Koexistenz und für den friedlichen Wettkampf zwischen der sozialistischen und der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, in dem die Überlegenheit unserer sozialistischen Ordnung bewiesen wird. Die ökonomische Hauptaufgabe hat also einen tiefen politischen und sozialen Inhalt, ihre Lösung dient der Festigung der Arbeiter-und-Bauern-Macht in der DDR und des sozialistischen Lagers. Sie entspricht daher voll den politischen, wirtschaftlichen und sozialen Interessen der werktätigen Bevölkerung unseres Landes“ (Neues Deutschland, 18. 7. 58, S. 5).

Diese Richtlinie basierte auf den Beschlüssen der 28. und 29. Tagung des Zentralkomitees der SED vom Sommer und Herbst 1956 und ergab sich folgerichtig aus den Absichten Chruschtschows, die „DDR“ als die vorgeschobene Bastion des kommunistischen Bereichs zum Schaufenster des Sozialismus zu machen. Durch den Wohlstand der „DDR“ sollte die angebliche Überlegenheit des Sozialismus am wichtigsten Berührungspunkt mit der freien Welt demonstriert und die Bevölkerung West-Berlins und Westdeutschlands für den Kommunismus gewonnen werden. Auf Grund dieser Überlegung war Chruschtschow zeitweilig bereit, der Bevölkerung der „DDR“ einen relativ höheren Lebensstandard als den anderen Ostblockstaaten zuzubilligen.

Bereits Ende 1958 zeigte sich, daß diese Konzeption nicht zu verwirklichen war, da die „DDR“ wirtschaftlich ein Faß ohne Boden blieb und die Länder des Ostblocks nicht in der Lage waren, die erforderlichen Sekundäntendienste zu leisten. Die Erkenntnis dieser Sachlage fand ihren ersten politischen Ausdruck in dem sowjetischen Berlin-Ultimatum vom 27. November 1958, ihren Schlußpunkt in der Errichtung der Mauer.

Die Folgen der Berliner Mauer

Politisch, psychologisch und wirtschaftlich hatte die Errichtung der Mauer für die SED-Führer jedoch meist negative Auswirkungen. Zwar konnte die Fluchtbewegung mit Gewalt gestoppt werden, doch die Zahl der Gegner des Ulbricht-Regimes hat sich dadurch vermehrt. Die Morde an der Mauer schädigten zudem das Ansehen des Kommunismus. Ulbrichts Bemühen um weitere internationale Anerkennung seines Staates blieb nach dem 13. August 1961 erfolglos. Zehntausenden von Ausländern, unter ihnen vielen Angehörigen neutraler Staaten, erteilte die Mauer eine Lektion.

Trotz Mauer und intensivster psychologischer Kampfführung gegen West-Berlin („Spionage- und Diversionzentrum“, „sinkendes Schiff“, „Tummelplatz der Unterwelt“) nahm die Anziehungskraft West-Berlins zu. Ja West-Berlin wurde als Insel der Freiheit und als „Konsumentenparadies“ noch anziehender. Es blieb den Mitteldeutschen geistig nahe, obwohl es durch die Mauer unerreichbar wurde.

Bevor die Mauer errichtet wurde, führte die SED-Führung die „offene Staatsgrenze“ in Berlin als die Hauptursache für die wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Landes an. Die SED-Presse schrieb, daß die „DDR“ jährlich um etwa 3 Milliarden DM durch „Menschenhandel“, „Spionage“, „von West-Berlin her organisierter Sabotage“ und durch „Währungs- und Warenschiebungen“ geschädigt werde.

Wie wenig stichhaltig diese Argumente sind, zeigt sich darin, daß nach dem 13. August die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der „DDR“ nicht ab-, sondern sogar beträchtlich zugenommen haben: sie sind heute erdrückend groß. Den sichtbarsten Ausdruck fand die wirtschaftliche

Abwärtsentwicklung in einer allgemeinen Versorgungskrise in den Grundnahrungsmitteln. In der Landwirtschaft entstand ein wahres Chaos, das noch durch die weitverbreitete Maul- und Klauenseuche verschärft wurde. Auch in der Industrie nahmen die Schwierigkeiten erheblich zu.

Ein weiteres Ergebnis der Berliner Mauer ist die zunehmende politische Apathie der Bevölkerung. Durch Unlust und Widerwillen werden die Produktionsziele erheblich gefährdet. Die Widerspenstigkeit gegenüber allen Aufrufen der kommunistischen Machthaber wächst. So versuchte man nach dem 13. August, die Arbeiter für das „Produktionsaufgebot“ zu gewinnen. Nach dem „Produktionsaufgebot“ sollten die Werktätigen in der gleichen Zeit für denselben Lohn mehr und besser produzieren. Der Plan blieb bis heute erfolglos.

Obwohl die Bevölkerung unter den schlechten wirtschaftlichen Verhältnissen stark zu leiden hat, wünschen breite Kreise eine weitere Zuspitzung der Versorgungskrise. Dieser Teil der Bevölkerung ist davon überzeugt, daß dadurch eines Tages das Ulbricht-Regime zusammenbrechen müsse. Aber diese Vorstellung entspringt einem Wunschdenken. Die Lebensfähigkeit eines Terror-Regimes, das sich zusätzlich auf sowjetische Divisionen stützen kann, wird unterschätzt. Gerade aber dieses Wunschdenken ist mit eine Ursache für die mangelhaften Arbeitsleistungen der Zonenbevölkerung.

Die Versorgungskrise und das Bewußtsein, hinter Stacheldraht leben zu müssen, hat das Vertrauen der Bevölkerung gegenüber der Partei- und Staatsführung in einem noch nie gekannten Ausmaß erschüttert. Den SED-Agitatoren begegnet Hohn, wenn sie die Errichtung der Mauer als Rettung des Friedens in Europa feiern. In den Kinos hört man mitunter Mißfallenskundgebungen, wenn Bilder der Mauer gezeigt werden. In Ost-Berlin erhielt das Theaterstück von Peter Hacks „Die Sorgen und die Macht“, das zunächst von der kommunistischen Presse als zu negativ abgelehnt wurde, stürmischen Beifall, und zwar an den Stellen, in denen die Zustände in der Zone kritisiert wurden. Es ist bezeichnend, daß die Zuständigen es nicht wagten, das Stück sofort abzusetzen. In den Betriebsversammlungen nehmen die Arbeiter kein Blatt vor den Mund, wenn es um Normen und betriebliche Mißstände geht. Auch auf den „Einwohnerforen“ und beim Schlange stehen vor den Geschäften machen die Hausfrauen ihrem Herzen Luft.

In einer öffentlichen Aussprache in Gera wurde, wie die „Neue Zürcher Zeitung“ (13. 10. 62) berichtete, von einem Zuhörer folgende Frage gestellt:

„...ob zur ‚Beseitigung der Überreste des Zweiten Weltkrieges‘ nicht auch die Beseitigung der Kartoffelkarte, der Kohlenkarte, des Kundenausweises für Butter, des Bezugsausweises für Fleisch und Fleischwaren sowie der Knappheit zahlreicher Haushaltswaren gehören. Bei der Beseitigung solcher Überreste des Zweiten Weltkrieges bestehe doch wohl kaum die Gefahr eines Zusammenstoßes zwischen den Großmächten, meinte der Mann unter dem Beifall der Versammlung.“

Die Reaktion der Partei: Das neue Programm der SED

Unter dem Druck dieser Stimmungen bemerkte Ulbricht bereits am 8. September 1962 auf der XVI. Deutschen Arbeiterkonferenz in Leipzig:

„Es soll niemand denken, daß wir etwa in die Mauer verliebt sind... Es stimmt, daß es dem Gegner gelungen ist, die Diskussion über die Staatsgrenzen der DDR so in den Vorder-

grund zu schieben, daß sie teilweise andere Fragen überschattet“ (Neues Deutschland, 13. 9. 62, S. 3).

Schon vor der Kubakrise versuchte Ulbricht etwas behutsamer vorzugehen und wegen der weitverbreiteten Unzufriedenheit des Volkes keine zusätzlichen Spannungen innerhalb der „DDR“ zu schaffen. Doch standen damals seine politischen Ziele: Abschluß eines Separatfriedensvertrags mit dem Ergebnis der Vollsouveränität der „DDR“, entmilitarisierte Freie Stadt West-Berlin und internationale Anerkennung seines Staates, im Vordergrund der politischen Agitation.

Das änderte sich nach der Kubakrise. Der sowjetische Rückzug aus Kuba und das zeitweilig betonte Einschwenken Chruschtschows mit der Bereitschaft zu Konzessionen erforderten auch von Ulbricht Anpassung. Da die Sowjetunion anscheinend im Augenblick nicht beabsichtigt, es wegen West-Berlin zu einer neuen Krise kommen zu lassen, und sie das Projekt des Separatfriedensvertrages nicht forciert, sind Ulbrichts aktuellste politische Ziele plötzlich unrealisierbar geworden.

Ulbricht entschloß sich daher — wenn auch zögernd und widerstrebend — zu einer Modifizierung seiner Politik. Im neuen Parteiprogramm, welches am 23. 11. 62 im Entwurf und am 25. 1. 63 in der beschlossenen Fassung im „Neuen Deutschland“ veröffentlicht wurde, ist die SED bei der Formulierung der Ziele ihrer Deutschland- und Berlinpolitik sehr vorsichtig gewesen. Nur in einem Satz wird dieses politische Schlüsselproblem angeschnitten:

„Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands ist davon überzeugt, daß der Abschluß eines deutschen Friedensvertrages, die Beseitigung der NATO-Stützpunkte und des Besatzungsregimes in West-Berlin und seine Umwandlung in eine Freie Stadt günstige Voraussetzungen für die Annäherung der beiden deutschen Staaten schaffen wird, die durch ihre Aufnahme in die UNO weiter gefördert würde“ (25. 1. 63, S. 14).

Das klingt im Gegensatz zu früher kleinlaut. Das Wort „entmilitarisiert“ wird im Zusammenhang mit West-Berlin nicht mehr gebraucht. Von „unabdingbaren Forderungen“ ist nicht mehr die Rede.

Zwar ist das ganze Programm (das erste der SED) in pathetischem Stil geschrieben — und es soll Siegeszuversicht ausstrahlen —, doch bemerkt man, daß es immer dann in Allgemeinplätze ausweicht, wenn es um Termine und Fristen geht. Bedenkt man, wie sehr sonst die Kommunisten davon überzeugt sind, die Entwicklung genügend exakt voraussagen und beeinflussen zu können, so überrascht diese Zurückhaltung. Vergleicht man den SED-Programmentwurf mit dem vom XXII. Parteitag der KPdSU, so stellt sich heraus, daß die KPdSU ihr Programm (bis zum Jahre 1980) viel konkreter formuliert und besonders mit der Nennung ökonomischer Daten nicht gespart hat.

Es ist auch bemerkenswert, daß die auf dem V. Parteitag formulierte „ökonomische Hauptaufgabe“, den Lebensstandard der Bundesrepublik zu überflügeln, nicht mehr erwähnt wird. Das läßt vermuten, daß die SED-Führung auf die Verwirklichung dieser bedeutsamen Aufgabe im ganzen nächsten Entwicklungsabschnitt verzichtet hat.

Wenn auch der Programmentwurf die Zukunft im allgemeinen im rosaroten Licht zeichnet, so versäumt die SED-Führung doch nicht, auch Wasser in den Wein zu gießen:

„Der umfassende Aufbau des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik ist — wie die ganze Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und unser bisheriger Weg bei der Schaffung der sozialistischen Gesellschaftsordnung — keine

bequeme Fahrt auf glatter Strecke. Jeder Schritt vorwärts muß durch zielbewußte Arbeit, unter großen Anstrengungen, in einem komplizierten Kampf errungen werden“ (Neues Deutschland, 25. 1. 63, S. 37).

Nur noch ganz allgemein wird von einer Erhöhung des Lebensstandards gesprochen, Selbstverständlichkeiten werden gefordert. So heißt es z. B.:

„Durch die Erhöhung der Arbeitsproduktivität wird eine Versorgung entsprechend den Volkswirtschaftsplänen gewährleistet werden. Die Produzenten industrieller Konsumgüter sind zur Herstellung zweckmäßiger, haltbarer, moderner und schöner Waren verpflichtet“ (Neues Deutschland, ebd., S. 24).

Zur Lebensmittelindustrie bemerkt das Programm:

„In der Lebensmittelindustrie werden die Erkenntnisse der Ernährungswissenschaft im Dienste der Volksgesundheit besser angewendet. Es werden Waren mit hohem Veredelungsgrad und guter Qualität erzeugt. Der Fischfang wird so gesteigert, daß der Bedarf voll gedeckt werden kann“ (Neues Deutschland, a. a. O., S. 18).

Unter dem Druck der Forderungen der Arbeiter und angesichts des neuen Bundesurlaubsgesetzes wird die Erhöhung des Grundurlaubs versprochen; ein Termin wird jedoch nicht genannt. Auch folgende lakonische Bemerkung zum Lebensstandard ist bezeichnend:

„Der Lebensstandard eines Bürgers der Deutschen Demokratischen Republik wird nicht allein vom persönlichen Verbrauch bestimmt, sondern auch davon, daß die Werktätigen die Macht ausüben und als freie Bürger einer freien sozialistischen Gesellschaft über große Rechte und Möglichkeiten auf allen Gebieten verfügen“ (Neues Deutschland, ebd., S. 5).

Erzwungene taktische Anpassung

Die Anpassungen, die der Diktator vornahm, und besonders seine Kompromißbereitschaft, zu der ihn die innen- und außenpolitische Entwicklung zwang, haben bei einzelnen westlichen Beobachtern den Eindruck erweckt, es handle sich um eine grundsätzliche Schwenkung. Dieser Eindruck ist falsch; denn der Kompromiß, der den Kommunisten nützliche Pausen zum Sammeln und zum Umgruppieren ihrer Kräfte verschafft, gehört als integrierender Bestandteil zur kommunistischen Strategie und Taktik (vgl. Lenin, „Der ‚linke Radikalismus‘, die Kinderkrankheit im Kommunismus“, in: Ausgewählte Werke in zwei Bänden, Band II, 715/16. Ausgabe Dietz-Verlag, Berlin 1953; und „Die Bedeutung des Goldes jetzt und nach dem vollen Sieg des Sozialismus“. Ebd.).

An dieser Tatsache darf man nicht vorbeisehen, wenn man auf die augenblickliche Kompromißbereitschaft von Ulbricht hinweist. Wenn früher Ulbricht unter friedlicher Koexistenz mehr einen verschärften Klassenkampf verstand, so war für den Beobachter einsichtig, daß Ulbricht an einen echten Kompromiß gar nicht dachte. Jetzt hingegen ist er durch die politische Entwicklung in eine kritische Lage gedrängt worden, die zur Aufgabe gewisser Forderungen zwingt, wobei er sicher darauf hofft, daß die Engpässe nur vorübergehend sind.

In seinem Referat vor der Bezirksdelegiertenkonferenz in Cottbus, das auszugsweise im „Neuen Deutschland“ (5. 12. 62) veröffentlicht wurde, ließ Ulbricht neue Töne anklingen. Verschwunden waren die militanten Drohungen und Beschimpfungen. Bedeutsame Sätze dieser Rede waren:

„Es genügt also nicht, allgemein von friedlicher Koexistenz zu reden. Man muß sich dessen bewußt sein, daß die friedliche Koexistenz mit Kompromissen beider Seiten verbunden ist... Die Ausarbeitung des Perspektivplanes der Volkswirtschaft bis 1970 wird noch stärker sichtbar machen, daß wir uns nicht auf eine Autarkie einstellen. Wir wollen im Gegenteil die

ökonomische und technische Grundlage des Sozialismus schneller stärken, um eine bewegliche Politik der Verhandlungen, der Verständigung, der Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten durchzuführen, damit wenigstens das Zusammenleben der Bevölkerung der beiden deutschen Staaten gewährleistet ist.“

Der letzte Absatz kann als eine gewisse Modifizierung der bisherigen Wirtschaftspolitik angesehen werden. Die Hauptlosung für die „DDR“ lautete in der letzten Zeit: „Störfreimachung von der westdeutschen Wirtschaft“, also Autarkie vom Westen, verbunden mit einer vollständigen Integration in die Wirtschaft des Ostblocks.

In seiner Diskussionsrede auf der Bezirksdelegiertenkonferenz in Leipzig, die im „Neuen Deutschland“ (15. 12. 62) abgedruckt wurde, bemerkte Ulbricht:

„Selbstverständlich führen wir den politischen Kampf um die friedliche Regelung der deutschen Frage, um den Friedensvertrag und um die Lösung der West-Berlin-Frage weiter. Aber in der Tat haben jetzt die ökonomischen Aufgaben den Vorrang. Die Voraussetzung für die friedliche Lösung der deutschen Frage ist die ökonomische Stärkung der DDR und die Lösung der Aufgaben, die in der Periode des umfassenden Aufbaus des Sozialismus gestellt sind.

Die These vom Vorrang der Politik hat zeitweise auch bei uns dazu geführt, daß die politische Zielstellung und bestimmte Wünsche bei der Festlegung der ökonomischen Aufgaben vorherrschten, daß die Pläne nicht immer ausreichend technisch und ökonomisch begründet waren, daß sie nicht immer den materiellen Möglichkeiten entsprachen.“

An die Stelle der alten Parolen vom Sieg des Sozialismus sind jetzt Aufrufe zur Überwindung der wirtschaftlichen Misere getreten. Anstatt selbstkritisch zu bekennen, daß er an den Fehlern der Vergangenheit die Schuld trägt, schob Ulbricht die Schuld seinem früheren Meister Stalin in die Schuhe. Er führte aus:

„Es ist richtig, daß wir auf dem Gebiet der ökonomischen Wissenschaft etwas zurückgeblieben sind. Das ist zum Teil eine Folge des Stalinschen Personenkults, der sich besonders auf dem Gebiet der Ökonomie, aber auch auf anderen Gebieten hemmend und schädlich ausgewirkt hat. Wenn wir vom Gedankengut Lenins ausgehen, dann müssen wir sagen, daß unter Stalin, insbesondere in seinen letzten Lebensjahren, eine Reihe von Fragen der politischen Ökonomie, der Theorie und Praxis der sozialistischen Wirtschaftsführung dogmatisch entstellt worden sind. Das hat sich auch in gewissem Maße in der DDR ausgewirkt, wenn auch nicht in dem Maße wie in der Sowjetunion und in einigen anderen Ländern...“

Worin zeigen sich vor allem die dogmatischen Erscheinungen in der Wirtschaftspolitik? Sie zeigen sich darin, daß die richtige These vom Vorrang der Politik gegenüber der Ökonomie einseitig ausgelegt wurde. Natürlich ist es richtig, an alle ökonomischen Fragen mit einer klaren Konzeption, vom Klassenstandpunkt, vom Standpunkt der politischen Herrschaft der Arbeiterklasse im Bündnis mit den Bauern heranzugehen. Aber jeder muß verstehen, daß in der Zeit, wo der Kampf zwischen der sozialistischen DDR und dem staatsmonopolistisch-kapitalistischen Westdeutschland bei offener Grenze geführt wurde, eben der politische Kampf im Vordergrund stand und stehen mußte. Seit der Sicherung der Staatsgrenze hat sich die Lage geändert“ (Neues Deutschland, 15. 12. 62, S. 3).

Ulbricht verschweigt in diesem Zusammenhang, daß die SED schon öfter kurzfristig den Vorrang ökonomischer Aufgaben proklamiert hat, z. B. in der Periode des „Neuen Kurses“ (1953—55) und auf dem V. Parteitag (1958). Da die sowjetische Führung ihre politischen Ziele bezüglich West-Berlins zurückgesteckt hat, von deren Erreichung sich Ulbricht neuen Machtzuwachs versprach, sieht Ulbricht jetzt in der Meisterung der schwierigen Wirtschaftssituation der „DDR“ eine Ausweichmöglichkeit zur Festigung seines Regimes. Dies ist das wesentliche Motiv für seine augenblickliche taktische Schwenkung. Auf der „Tagung des Staatsrats der DDR“ am 4. Dezem-

ber 1962 wurde zu Fragen der Rechtspflege Stellung genommen. Wieder einmal wurde ein „Dokument“ verabschiedet und zur „öffentlichen Diskussion“ gestellt. Aus den „Grundsätzen zum Erlaß des Staatsrates der DDR über die grundsätzlichen Aufgaben und die Arbeitsweise der Organe der Rechtspflege“ (Neues Deutschland, 7. 12. 62) wird deutlich, daß die Parteiführung auch in der Rechtsprechung vorsichtiger und etwas milder gegen kleine Delikte vorgehen will. Die erzieherische Aufgabe der gesellschaftlichen Kollektive wird stark hervorgehoben. Mit kleinen Übertretungen sollen sich künftig weniger die Gerichte, sondern mehr die „Konfliktkommissionen“ beschäftigen. Das „Neue Deutschland“ scheute sich am 19. Dezember 1962 nicht, in einem längeren Beitrag bisherige Überspitzungen in der Rechtsprechung gegen Werktätige anzuprangern. Jedoch wird weiterhin „Härte“ gegen alle „Agenten“ gefordert.

Über die Frage, wer „Agent“ und wer „ehrlicher irrender Werktätiger“ ist, urteilt jedoch die Partei. Ihre Rechte werden sogar erhöht, da Massenorganisationen vor Gericht künftig als Ankläger und Verteidiger auftreten können. Durch die direkte Unterstellung des Obersten Gerichts der „DDR“ unter den von Ulbricht präsierten Staatsrat ist Ulbricht praktisch oberster Gerichtsherr geworden.

Kritik in eigenen Reihen

Auch innerhalb der Partei haben sich die Schwierigkeiten erhöht. Die Kritiker in den eigenen Reihen haben an Boden gewonnen, nachdem es Ulbricht in den letzten Monaten nicht gelang, politische Rückschläge und wirtschaftliche Mißerfolge durch neue Erfolge auszugleichen bzw. der Abwärtsentwicklung der Wirtschaft Einhalt zu gebieten. Selbst unter den Funktionären herrschen Mutlosigkeit, Verärgerung und Resignation.

Seit dem Abzug der sowjetischen Raketen und Flugzeuge aus Kuba sehen sich die SED-Funktionäre ständig peinlichen Fragen ausgesetzt, etwa ob nicht dieser Rückzug ein Zeichen der Schwäche sei und ob sich nicht das Kräfteverhältnis zugunsten des Westens verändert habe. Das verlegene Zögern und das Ausweichen der Funktionäre wecken die Schadenfreude der Bevölkerung und regen diese zu immer neuen peinlichen Fragen an. In dem Maße, wie die Funktionäre des Regimes unsicher werden, nimmt das Selbstbewußtsein der Bevölkerung zu.

Die „Neue Zürcher Zeitung“ (2. 12. 62) schätzte die geistige Lage der Intellektuellen wie folgt ein:

„Im Heer der mittleren und unteren Funktionäre und der von der Partei gelenkten ‚Massenorganisationen‘, vor allem aber unter den Intellektuellen, ist ein Gärungsprozeß im Gang, den die Parteiführung zwar kontrolliert, von dem man aber nicht weiß, wie er verlaufen und wo er enden wird.“

Auch die Ereignisse in Bulgarien (Rehabilitierung des 1949 als „Titoist“ ermordeten Kostow und die Absetzung von verschiedenen führenden Kommunisten, unter ihnen Ministerpräsident Jugow) stimmen manche SED-Genossen nachdenklich, zumal die SED-Presse diese Nachrichten an unauffälliger Stelle veröffentlichte.

Der VI. Parteitag der SED

Wie die Delegiertenkonferenzen in Halle und Leipzig zeigen, war Ulbricht bereits vor dem VI. Parteitag der SED (15. bis 21. 1. 63) bemüht, seine Politik den neuen Gegebenheiten anzupassen. Der Parteitag hatte die Aufgabe, die modifizierte Konzeption nun „einmütig“ zu bestätigen. Da Ulbricht jede Auseinandersetzung über einen

neuen politischen Kurs auf dem Parteitag vermeiden wollte, brachte der VI. Parteitag kaum etwas Neues. Die wesentlichen Fragen waren bereits vorher entschieden worden; doch zeigte der Verlauf des Parteitages, daß die SED-Führung vorerst zu keinen weiteren Konzessionen bereit ist. Erwartungen und Hoffnungen, daß der Parteitag kleine Schritte zur Verbesserung der Lage und zu einer sehr begrenzten Entstalinisierung tun könne, haben sich — wie zu erwarten war — nicht erfüllt.

Den VI. Parteitag muß man als einen „Sieg“ Ulbrichts werten, in erster Linie deshalb, weil seine Politik die betonte Zustimmung Chruschtschows erfuhr. Ulbricht wurde von den meisten Rednern als der hervorragende Führer gefeiert. In das neue Zentralkomitee und in das Politbüro wurden ausschließlich seine bewährten Anhänger gewählt. (Sofern einzelne Mitglieder des Zentralkomitees ausgewechselt wurden, erfolgte dies vorwiegend aus fachlichen Gründen. Auffällig ist, daß einige Fachleute mit abgeschlossenem Spezialstudium als Kandidaten in das Politbüro aufgenommen wurden.) Eine Rehabilitierung früher verurteilter Funktionäre fand nicht statt.

Die Debatten über Fragen der Literatur und Kunst waren das einzig wirklich Interessante auf diesem Parteitag, wenn man von der Weiterführung der Auseinandersetzung zwischen Moskau und Peking absieht. Jedoch ist auch hier zu bedenken, daß nur Anhänger Ulbrichts zu Wort kamen. Vor dem Parteitag schien die Frage völlig offen, ob die SED-Führung, ohne in den Ruf des Neostalinismus zu geraten, eine Auseinandersetzung mit den Schriftstellern und Künstlern wagen würde. Vermutlich hat die SED-Führung erst einmal sondiert, wie Chruschtschow zu diesen Fragen steht. Die außerordentlich heftige Reaktion des Parteitages gegen die vereinzelt Tendenzen eines leichten Tauwetters war für manche Beobachter überraschend. Die Versuche einer Abkehr vom „sozialistischen Realismus“ wurden scharf verurteilt. Im Zentrum der Kritik stand das Theaterstück von Peter Hacks „Die Sorgen und die Macht“. Ulbricht bemerkte in offensichtlicher Anspielung auf diesen Autor u. a. folgendes:

„Wenn dann ein junger Schriftsteller die Arbeiter [lies: Funktionäre] in einer so herabsetzenden Weise darstellt, die ich hier gar nicht näher charakterisieren möchte, mußten wir sagen: Schluß damit! Wir wünschen, daß die Arbeiter auf der Bühne und in der Literatur so dargestellt werden, wie sie im Leben sind und wie sie kämpfen. Wir wenden uns dagegen, daß die Arbeiter diskreditiert werden“ (Neues Deutschland, 20. 1. 63, S. 4).

Diese Stellungnahme verrät deutlich, daß in Mitteldeutschland weiterhin der Stalinismus herrscht. Es ist erwähnenswert, daß verschiedene der kritisierten Schriftsteller gerade die neueren Tendenzen der Sowjetliteratur sich zum Vorbild genommen hatten. Seit längerer Zeit schon hatte die SED-Führung freilich dafür gesorgt, daß bestimmte sowjetische Neuerscheinungen der Bevölkerung vorenthalten bzw. in erheblich gekürzter und damit frasierter Form zugänglich gemacht wurden.

Obwohl die auf dem Parteitag von Chruschtschow und Ulbricht zur Berlin- und Deutschlandfrage abgegebenen Stellungnahmen im wesentlichen nichts Neues mehr brachten, war doch bemerkenswert, daß Chruschtschow die Mauer als ein wichtiges „Attribut der Vollsouveränität der ‚DDR‘“ und damit als eine „große Errungenschaft“ mit allem Nachdruck verteidigte. Chruschtschow äußerte, daß durch die Mauer schon ein wesentlicher Teil des Friedensvertrages vorweggenommen worden sei, weshalb der Abschluß des Friedensvertrages nicht mehr so eile.

Andererseits ließ Chruschtschow keinen Zweifel daran, daß der Abschluß des Friedensvertrages und die Herausdrängung der Alliierten aus ihrer Rechtsposition in West-Berlin weiterhin sehr aktuelle Ziele der sowjetischen Außenpolitik bleiben.

Der Parteitag bestätigte, daß sich in nächster Zukunft das Leben der mitteldeutschen Bevölkerung nicht verbessern wird und daß noch mehr Opfer für den „umfassenden Aufbau des Sozialismus“ gebracht werden müssen. Man wagte nicht einmal, einen Termin anzudeuten, an dem die Bewirtschaftung von Butter, Fleisch, Wurst, Kartoffeln und Kohlen aufgehoben werden kann. Ulbricht forderte eindringlich höhere Investitionen in der Industrie und mehr Arbeit. Auch Chruschtschow brachte keine neue Kreditzusage mit, sondern forderte wie ein Schulmeister massiv und beschwörend eigene Anstrengungen. Er führte u. a. aus:

„Die Arbeiterklasse wird nur dann siegen, wenn sie es nach der Machtergreifung vermag, die Produktion so zu organisieren, daß die Arbeitsproduktivität höher sein wird als zu jener Zeit, da sie für den Nutzen der Kapitalisten arbeitete. Das ist das Entscheidende. Vorläufig aber haben die Arbeiter Westdeutschlands eine höhere Arbeitsproduktivität als Sie. Das müssen Sie sich, wie man zu sagen pflegt, hinter den Spiegel stecken. Ist das klar, Genossen? (Bewegung im Saal, stürmischer Beifall) ... Deshalb besteht Ihre Rolle, Ihre Aufgabe darin, die Produktion besser zu organisieren und die Arbeitsproduktivität auf einen solchen Stand zu heben, daß sie höher ist als in den kapitalistischen Ländern. Weder Gott noch der Teufel werden Ihnen Brot oder Butter geben, wenn Sie das nicht mit Ihren eigenen Händen schaffen. Ich denke, das ist allen klar! (Stürmischer, anhaltender Beifall) Um mehr zu haben, muß man mehr produzieren. Wenn wir mehr verbrauchen, als wir produzieren, so werden wir nicht reicher, sondern ärmer, dann werden wir unsere Grundsubstanz aufzehren und verarmen (Bewegung im Saal) ... Wir dürfen keine Almosen von irgendeinem reichen Onkel erwarten“ (Neues Deutschland, 17. 1. 63, S. 3).

Erneut kam auf dem Parteitag die Widersprüchlichkeit der Politik der KPdSU-Führung zum Ausdruck. Während Chruschtschow in der UdSSR und in einigen Ostblockstaaten die Entstalinisierung vorangetrieben hat, ist er in Deutschland für die Konservierung der Zustände; er stützt dabei den Stalinisten Ulbricht und duldet, daß keine gründliche Abrechnung mit dem Stalinismus erfolgt. Der 17. Juni 1953 und die ungarische Revolution von 1956 lassen die Sowjetführer fürchten, daß eine abrupte Änderung der Politik und die Ablösung von Ulbricht eine Lawine auslösen könnte, die an den Grundfesten ihrer Herrschaft in Mitteldeutschland rüttelt. Für die Erhaltung ihrer Machtposition scheint ihnen ein Ulbrichttyp auch heute noch notwendig.

Die Religions- und Kirchenpolitik der SED

Welche Folgerungen sich aus der derzeitigen Situation in der „DDR“ für die Religions- und Kirchenpolitik ergeben, darüber gibt folgende Einschätzung Aufschluß, die in Nummer 10 des „Informationsdienstes des Katholischen Arbeitskreises für zeitgeschichtliche Fragen“ veröffentlicht wurde:

„Im Unterschied zum V. Parteitag der SED (1958) erfolgten keine heftigen Ausfälle gegen Religion und Kirche. 1958 galt noch die weltanschauliche Offensive als die wichtigste Aufgabe an der ‚Ideologischen Front‘. Damals verkündete Ulbricht offiziell die zehn Gebote der sozialistischen Moral, und insbesondere der Leipziger Parteisekretär Paul Fröhlich hielt eine scharfe religionsfeindliche Rede. Auf dem VI. Parteitag gab es im Vergleich dazu keine nennenswerten Ausfälle. Nur im Hinblick auf die Machtverhältnisse in der Bundesrepublik wurde nach alter Manier von einem ‚militaristisch-klerikalen

Regime‘ gesprochen. Im umfangreichen Parteiprogramm wird allerdings klar auch die Aufgabe der atheistischen Propaganda gestellt. Doch im Vergleich zu früheren Beschlüssen sind diese Formulierungen beinahe dezent zu nennen:

„Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands ... propagiert allseitig die Ideen des philosophischen Materialismus und verbreitet die wissenschaftlich begründete atheistische Weltanschauung bei voller Achtung der religiösen Gefühle der Menschen“ (Neues Deutschland, 25. 1. 63, S. 29).

Das Ulbricht-Regime ist zur Zeit so mit drängenden und bedrückenden wirtschaftlichen Problemen in Anspruch genommen, daß es momentan nicht die Kraft zu einem erneuten Großangriff auf Kirche und Religion besitzt. Angesichts der weitverbreiteten Unzufriedenheit der Bevölkerung will Ulbricht auch offensichtlich nicht zusätzliche Spannungen durch einen forcierten Kirchenkampf schaffen. Unter den gegebenen Bedingungen kann man keine neue Großoffensive, aber auch keine Milderung der kommunistischen Religions- und Kirchenpolitik erwarten.

Die atheistische Propaganda wird in gemäßigttem Tempo, jedoch ununterbrochen weitergeführt. Während das Schaufenster des VI. Parteitages gegen Religion und Kirche etwas ‚freundlich‘ war, werden die alten Waren ohne Unterbrechung weitergehandelt. Insbesondere in den Sektoren Fernsehen und Literatur hat die atheistische Propaganda noch immer eine beachtliche Intensität, jedoch läßt jetzt die SED-Führung stärker das allgemeine Milieu der sozialistischen Gesellschaft, aus der Gott offiziell verbannt ist, auf die Menschen wirken. Die Kommunisten haben schon die Erfahrung gemacht, daß langanhaltender sanfter Druck und ständiges, nicht zu aufdringliches Berieseln mit der kommunistischen Ideologie eine notwendige und äußerst wertvolle Ergänzung zu Kampagnen des Großangriffs sind. Oftmals sind die Erfolge in ruhigeren Phasen größer als in Kampagnen, in denen harter Druck meist auch Gegendruck hervorruft und die Widerstandskraft des Gegners geweckt wird. Die Methode stetiger leichter Angriffe ist mitunter viel gefährlicher, denn sie kann zu einem Erschlaffen des Widerstandes beitragen. Der einzelne ‚gewöhnt‘ sich allmählich an die Bedrängnisse, hält diese für ‚normal‘ und wird in seinem Widerstandswillen leichter zermürbt.

Heute können die kommunistischen Machthaber zeitweilig auf eine massive atheistische Kampagne verzichten, da sie darauf vertrauen können, daß die atheistisch geprägte Schule, die gleichgeschalteten Massenmedien sowie eine parteilich ausgerichtete Literatur und Kunst, in denen Kirche und Religion unerwähnt bleiben oder verzerrt dargestellt werden, ihre Wirkung nicht verfehlen.

Wenn gegenwärtig sich auch die SED-Propaganda auf die Erörterung ökonomischer Probleme sowie auf politische Grundfragen konzentriert und die atheistische Propaganda nicht mehr als die wichtigste Aufgabe gilt, so kann sich dies gegebenenfalls in absehbarer Zeit wieder ändern. Die Realisierung des SED-Programms macht die ‚Formung des sozialistischen Menschen‘ unabdingbar erforderlich. Diese Aufgabe ist jedoch nur zu lösen, wenn zur gegebenen Zeit die atheistische Propaganda wieder stärker entwickelt wird; denn der ‚sozialistische Mensch‘ muß sich nach der Doktrin von der ‚volksverdummenden, wissenschafts- und fortschrittsfeindlichen‘ Religion befreien.“

Bevölkerungsexplosion und Geburtenkontrolle in China

Bereits in den Jahren 1955—1957 führte das kommunistische Regime in China eine Kampagne für die Geburtenkontrolle durch. Mit Beginn des „Großen Sprungs nach vorn“ 1958 stoppte man sie indes mit dem Argument: „Je mehr Menschen wir haben, desto besser, schneller und größer werden unsere Erfolge im wirtschaftlichen Aufbau sein.“ Der Pekinger Professor Ma Yin-chu, der prominenteste Befürworter der Geburtenkontrolle, fiel in Ungnade.

Der Bankrott der neuen Wirtschaftspolitik und die Erkenntnis, daß die chinesische Bevölkerung um jährlich über 15 Millionen Menschen wächst, hat das Regime jetzt zu einer Revision seiner Parolen gezwungen. Ohne daß nach außen hin von der vorherigen bevölkerungspolitischen Konzeption abgerückt würde, propagiert man nun

Spätehe, Empfängnisverhütungsmittel und Schwangerschaftsunterbrechung. „Die Spätehe ist eine objektiv günstige Bedingung für den politischen Fortschritt... Geburtenkontrolle erweist sich als vorteilhaft und wird von uns befürwortet... Wir hoffen nur, daß alle, die schon verheiratet sind, ihr Familienleben richtig regeln

und für Geburtenkontrolle sorgen...“ (Chung-kuo Ch'ingnien, Peking, 1. 6. 62).

Als neueste statistische Angabe teilte die Pekinger Zeitschrift „Shih-shih Shou-ts'e“ mit, daß die Bevölkerung Rotchinas 1953—1957 von 595,6 auf 656,6 Millionen Menschen angewachsen ist.

Die Stimme des Papstes

Osterbotschaft 1963

Am Karsamstag, dem 13. April, um 20 Uhr, richtete Papst Johannes XXIII. seine traditionelle Osterbotschaft an die Katholiken der Welt. Darin weist der Papst auf das Echo, das das Ökumenische Konzil in der ganzen Welt gefunden hat, hin und erläutert nochmals Inhalt und Zielsetzung seiner Friedenszyklika Pacem in terris. Der italienische Text der Osterbotschaft wurde im „Osservatore Romano“ (14. 4. 63) veröffentlicht.

Ehrwürdige Brüder und geliebte Söhne!

„Pax vobis — der Friede sei mit euch!“ (Joh. 20, 19). Dieser innige Gruß Christi kommt aus Unserem Herzen in der Erwartung der unmittelbar bevorstehenden Auferstehungsfeier.

Vom ersten Osterfest Unseres Pontifikates bis heute hat das „Licht Christi“, von dem Wir am Karsamstag des Jahres 1959 zu euch sprachen (vgl. Rundfunkbotschaft, 28. 3. 59 [Herder-Korrespondenz 13. Jhg., S. 385]), trotz mancher Widrigkeiten beständig in die Welt ausstrahlt. Heute möchten Wir drei Ausstrahlungen dieses Lichtes betrachten:

das Ökumenische Konzil und die Sozialzykliken, den großherzigen Dienst am menschlichen und christlichen Zusammenleben, ermutigende Glück- und Segenswünsche.

Ökumenisches Konzil und Sozialzykliken

Wir erinnern vor allem an das Zweite Vatikanische Ökumenische Konzil. Man braucht nur das Wort Konzil aussprechen, um bei allen Völkern, die seine unwandelbaren Lehrprinzipien verstanden haben und seine so weiten pastoralen Zielsetzungen in dem breiten Horizont, den der göttliche Erlöser vor nunmehr 20 Jahrhunderten geöffnet hat, Begeisterung auszulösen.

Sogar die profane Welt — jene Welt, die ausgesprochen religiösen Ereignissen fremd gegenüberzustehen schien oder dies zumindest behauptete — hat die Bedeutung dieser Versammlung aller katholischen Bischöfe erfaßt, und sie erwartet von dieser Versammlung den ersehnten Einfluß auf die Sozialordnung. Das Konzil ist wirklich ein Lichtstrahl, auf den nicht nur die Kinder der Kirche, sondern alle Menschen guten Willens hoffnungsvoll schauen.

Doch das große Ereignis dieser Tage ist die Enzyklika *Pacem in terris*, die sich mit der rechten Gesellschaftsordnung befaßt, damit das wertvolle Gut des Friedens erlangt werde. Das Rundschreiben legt dazu die Lehre der Kirche dar und faßt im Licht des Evangeliums alle Elemente zusammen, die zum wahren Frieden im persönlichen Bereich, in Familie und Gemeinschaft führen. Frieden! Der Friede ist mehr als Ausgleich äußerer Kräfte. Er ist Geschenk Gottes und Unterpfand der Liebe Christi, der die Menschen mit dem himmlischen Vater versöhnt und sie in seiner Gnade festigt. Die innere Ordnung, be-

gleitet vom guten Willen, sichert die ausgeglichene äußere Ordnung; wenn sie nur den Kalkulationen der menschlichen Klugheit anvertraut ist, wird sie kraftlos.

Dieses neue Dokument, das sich an die Enzyklika *Mater et magistra* anschließt, faßt das Lehramt Unserer Vorgänger über den Frieden zusammen, von Leo XIII. angefangen bis Pius XII. Die Interventionen, die Mahnungen, die Warnungen der Päpste, das unschätzbare Geschenk des Friedens zu bewahren oder wiederzugewinnen, waren in den letzten sieben Jahren besonders häufig.

Die Enzyklika *Pacem in terris* will Unser Ostergeschenk des Jahres 1963 sein, als ein Ausdruck jenes glühenden Wunsches, der Uns als Hirten der universalen heiligen Kirche beseelt, und als Abglanz des Herzens Christi. „Er ist unser Friede...“, sagt der Apostel Paulus, „und er kam und verkündete Frieden, euch, den Fernen und Nahen: durch ihn haben wir Zutritt zum Vater in dem einen Geist“ (Eph. 2, 14 17—18). Das ist die Sicht des Himmels: Friede mit Gott in der Erfüllung seines Willens; Friede mit den Menschen in der Achtung der Rechte eines jeden, denn auf einem jeden ruht der Lichtglanz des Allerhöchsten (vgl. Ps. 4, 7); Frieden in den Familien, wo die Ehegatten mit dem Herrn an der Weitergabe des Lebens zusammenwirken und wo die Söhne heranwachsen wie Ölweige rings um den Tisch (vgl. Ps. 127, 3).

Frieden innerhalb der Nationen im wachsenden Bemühen, die geordnete Entfaltung des Lebens der Bürger zu fördern. Frieden schließlich in den gegenseitigen Beziehungen unter den Völkern, in der Loyalität und dem Vorgesetz, Verdächtigungen, Mißverständnisse und Drohungen zu beseitigen.

Die beiden Enzykliken *Mater et magistra* und *Pacem in terris* geben neuen Anlaß zu ernsthafter Besinnung auf wirtschaftlich-soziale und politische Probleme. Sie wollen zu einer baldigen Lösung dieser Probleme führen, in der Achtung und Liebe jener unwandelbaren und allgemeinen Gesetze, die jedem Menschen ins Herz geschrieben sind. Gewiß, nichts ist leicht, und Wir verhehlen das auch nicht. Doch mit der Hilfe Gottes und aufrichtiger Ergebenheit in seinen heiligen Willen ist der wahre Fortschritt in Brüderlichkeit und Frieden möglich. Man hat bisher wirklich schon ein gutes Stück Weges zurückgelegt. Laßt uns also vertrauensvoll weitergehen.

Großherziger Dienst am menschlichen und christlichen Zusammenleben

Immer weitere Kreise werden sich heute mehr und mehr nicht nur ihrer eigenen Rechte, sondern auch ihrer Pflichten bewußt.

Wir begrüßen die internationalen Organisationen, die auf jedem Gebiet — Politik, Kultur, Wohlfahrt — dem Menschen dienen wollen, in seiner Würde als Person, als